

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Frank Henkel (CDU)**

vom 11. September 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. September 2018)

zum Thema:

Russland-Sanktionen

und **Antwort** vom 26. September 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Sep. 2018)

Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Energie und Betriebe

Herrn Abgeordneten Frank Henkel (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18 /16439
vom 11. September 2018
über Russland-Sanktionen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Unterstützt der Senat einen Abbau der Russland-Sanktionen der Europäischen Union? Falls ja, soll es hierfür Bedingungen geben?

Zu 1.: Vor dem Hintergrund der anhaltend schwierigen Menschenrechtssituation in Russland und der fortgesetzten Missachtung der Souveränität der Ukraine sind die Sanktionen der Europäischen Union weiterhin notwendig. Eine Lockerung der Sanktionen erfordert eine konsequente Umsetzung des Friedensabkommens von Minsk. Der Senat setzt sich für eine möglichst zielgenaue Ausgestaltung der Sanktionen ein, um die Folgeschäden für die Berliner Wirtschaft zu begrenzen.

2. Welche Auswirkung hatten die Sanktionen auf die Berliner Wirtschaft in den vergangenen vier Jahren?

Zu 2.: Die von den EU-Sanktionen betroffenen Gütergruppen (z.B. Finanzen, militärische und dual-use Güter, Ausrüstungen und Technik zur Erdölförderung) betreffen die Berliner Wirtschaft wenig. Die tatsächlich aber dramatisch rückläufige Entwicklung der Exporte in die Russische Föderation (s. Antworten zu 4. und 5.) ist also nur zu einem geringen Teil auf die Sanktionen zurückzuführen. Weitere Gründe für die sinkende Nachfrage liegen in zunehmendem Protektionismus (local content Regelungen), dem Verfall des Rubelkurses (Verteuerung der Einfuhren in die Russische Föderation), sinkenden Einnahmen aus der Energieförderung und der damit einhergehenden Erhöhung des Staatsdefizits mit entsprechenden Sparzwängen, drastischen Verringerung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) pro Kopf (von knapp 16.000 € 2013 auf knapp 9.000 € 2016, seitdem wieder ansteigend) und einer Unsicherheit bezüglich der weiteren Entwicklung der Sanktionen (ggf. Eskalation).

3. Wie wirkten sich die russischen Gegenmaßnahmen/-sanktionen auf die Berliner Wirtschaft in den vergangenen vier Jahren aus?

Zu 3.:

Die von den russischen Sanktionen betroffenen Gütergruppen (Agrarprodukte und Lebensmittel) betreffen ebenfalls die Berliner Wirtschaft wenig, da auch diese nicht oder kaum aus Berlin exportiert werden.

4. Welche Branchen sind von Sanktionen und Gegensanktionen am meisten betroffen, welche am wenigsten?

Zu 4.: Siehe Antworten zu 2. und 3. Es gibt keine von Sanktionen und Gegensanktionen besonders stark betroffenen Berliner Branchen.

5. Trotz Sanktionen ist der Deutsch-Russische Handel im letzten Jahr stark gestiegen. Bestehen Kenntnisse, inwieweit auch die Berliner Wirtschaft davon betroffen ist?

Zu 5.: Tatsächlich kann auch für die Berliner Wirtschaft seit dem Tiefpunkt des Außenhandels 2015 ein Wiederanstieg sowohl der Exporte als auch der Importe verzeichnet werden (s. nachfolgende Statistik).

Außenhandel Berlin – Russische Föderation von 2013 – 2017:

	Ausfuhr: Wert	Einfuhr: Wert
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
2013	767829	44018
2014	528105	29890
2015	385574	23005
2016	444762	33534
2017	533982	40172
2013-2017 Änderung	-30,4%	-8,7%

6. Wie haben sich im fraglichen Zeitraum der Handel und die Wirtschaftsbeziehungen Berlins mit anderen GUS-Staaten wie etwa Weißrussland/Belarus entwickelt? Wird ein Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen gesehen.

Zu 6.: Im Vergleich 2013 mit 2017 ist der Export in die GUS-Länder (GUS: gemeinschaft Unabhängiger Staaten) um 30,4% gesunken, verglichen mit den letzten Jahren zeigt sich allerdings wieder ein Aufwärtstrend. Der Import war zwischenzeitlich gesunken, war im letzten Jahr allerdings wieder auf dem gleichen Stand wie 2013. Zu einem Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen liegen dem Senat keine Kenntnisse vor.

Die genauen Zahlen und eine Aufschlüsselung nach Staaten können Sie dem Anhang entnehmen.

Berlin, den 26.9.2018

In Vertretung

Christian Rickerts

.....
Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Energie und Betriebe

